



Inhalt

Organisation der SKB	4
Das Geschäftsjahr 2012 auf einen Blick	5

Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2012

I. Geschäftsverlauf	7
1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften	7
2. Die SKB im Jahr 2012	13
II. Vermögenslage	20
III. Finanz- und Liquiditätslage	22
IV. Ertragslage	23
V. Vorgänge von besonderer Bedeutung	26
VI. Risiken der künftigen Entwicklung	26
VII. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	30
Dank	32
Bericht des Aufsichtsrats	33

Jahresbericht 2012 Kurzfassung

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012	35
2. Gewinn- und Verlustrechnung	38
3. Anhang	39

Besonderes aus dem Geschäftsjahr 2012

Berichte über fertig gestellte Baumaßnahmen	18, 24, 28
---	------------

Organisation

der Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG,
Goltenkamp 9, 58452 Witten

Mitglieder des Vorstands

Volkmar Birx, Sprecher
Bankvorstand für Markt Aktiv und Passiv, Handel, Unternehmensplanung,
Personal- und Rechnungswesen

Martin Bernhardt (bis 30.6.2012)
Bankvorstand für Markt Passiv, Marktunterstützung und Handel

Manfred Schneider, im Nebenamt (seit 1.7.2012)
Bankvorstand für Marktfolge Aktiv, Passiv und Handel, Risikomanagement und -controlling,
Interne Revision und Organisation

Mitglieder des Aufsichtsrats

Manfred Schneider (bis 5.5.2012), Vorsitzender
Prokurist der Volksbank Mittelhessen eG, Dautphetal

Horst-Dieter Witte, Vorsitzender (seit 5.5.2012)
Vereidigter Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsbeistand (selbstständig), Langenfeld

Anabel Brandis, stellvertretende Vorsitzende (seit 5.5.2012)
Selbstständige Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin
in der Sozietät Heuser & Brandis StB/WP, Düsseldorf

Klaus Kanwischer (bis 5.5.2012)
Geschäftsführer des Bundes Freier evangelischer Gemeinden KdÖR, Bochum

Stefan Lange
Bankkaufmann bei der Kreissparkasse München-Starnberg-Ebersberg, München

Jürgen Oberdörfer
Selbstständiger Architekt, Willich

Verbandszugehörigkeit

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Bonn

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.,
Mecklenbecker Straße 235–239, 48163 Münster (zuständiger Prüfungsverband)

Zentralbanken

Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG, Münster
Kontonummer 44 759, BLZ 400 600 00

Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Bochum
Kontonummer 452 604 75, BLZ 430 000 00

Das Geschäftsjahr 2012 auf einen Blick

In TEUR	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
Kundengelder	73.522	78.200	85.321
Täglich fällige Einlagen	28.880	32.594	39.351
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.372	13.112	10.860
Spareinlagen	32.270	32.494	35.110
Kundenforderungen	56.384	58.035	58.618
Täglich fällig	5.942	6.735	6.126
Darlehen aus eigenen Mitteln	44.534	44.640	44.439
Darlehen aus Refinanzierungsmitteln	5.908	6.660	8.053
Eigenkapital	6.236	7.190	7.536
Geschäftsguthaben verbleibender Mitglieder	2.095	2.127	2.154
Rücklagen	4.046	4.366	4.635
Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB		600	650
Gewinnzuführung	95	97	97
Bilanzsumme	91.189	97.229	105.770
Anzahl der Mitglieder	2.133	2.156	2.168
Anzahl der Kunden	6.541	6.556	6.580
Anzahl der Kundenkonten	9.650	9.665	9.622
Anzahl der Kundendepots	132	128	116
Anzahl der Buchungsposten	925.796	962.959	993.520



I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

1.1. Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft durch globales Umfeld belastet

Die Staatsschuldenkrise einiger Euroländer und die verhaltene Weltkonjunktur dämpften in 2012 das Wirtschaftswachstum Deutschlands merklich. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist gemäß den ersten amtlichen Schätzungen preisbereinigt um 0,7 Prozent gestiegen und damit erheblich

schwächer als im Vorjahr (3,0 Prozent). Während die Wirtschaftsleistung zu Beginn des Jahres – begünstigt durch einen zeitweilig recht lebhaften Außenhandel – noch deutlich zulegte, ließen die Auftriebskräfte zum Jahresende spürbar nach. Die schwächere Gangart der Weltwirtschaft und die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Schuldenkrise schlugen verstärkt auf das Außenhandelsgeschäft und die Investitionsausgaben der inländischen Unternehmen durch. Auf Jahressicht leistete der Außenhandel dennoch den größten Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, während von den Investitionen insgesamt keine Wachstumsimpulse ausgingen. Aber auch die Konsumausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte trugen erkennbar zum Wirtschaftswachstum bei.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderung gg. Vj. in Prozent		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2011	2012	2011	2012
Konsumausgaben	1,5	0,8	1,2	0,6
Private Konsumausgaben	1,7	0,8	1,0	0,4
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,0	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	6,2	-2,1	1,1	-0,4
Ausrüstungsinvestitionen	7,0	-4,4	0,5	-0,3
Bauinvestitionen	5,8	-1,1	0,6	-0,1
Sonstige Anlagen	3,9	3,2	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	-	-	0,2	-0,5
Inländische Verwendung	2,6	-0,3	2,4	-0,3
Exporte	7,8	4,1	3,7	2,1
Importe	7,4	2,3	-3,1	-1,0
Außenbeitrag	-	-	0,6	1,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,7	3,0	0,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 15.1.2013.
Wachstumsbeiträge: Mögliche Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.



Konsumausgaben stiegen erneut

Der Privatkonsum, der im Vorjahr so stark wie seit 2006 nicht mehr expandiert war, legte 2012 in preisbereinigter Rechnung moderat um 0,8 Prozent zu. Die Konsumbereitschaft wurde durch höhere Tarifabschlüsse und die anhaltend günstige Beschäftigungsentwicklung stimuliert. Darüber hinaus wurden zur Jahresmitte die Rentenbezüge spürbar angehoben. Zudem belastete der allgemeine Preisauftrieb die Kaufkraft der Verbraucher weniger stark als im Vorjahr. Die Konsumausgaben des Staates wurden ebenfalls ausgeweitet. Der Beitrag, den der Staatskonsum zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum lieferte (0,2 Prozentpunkte), fiel allerdings nur halb so stark aus wie der Beitrag des Privatkonsums (0,4 Prozentpunkte).

Investitionsklima insgesamt durchwachsen

Ungeachtet der nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen war die Investitionsbereitschaft in 2012 erheblich geringer als im Vorjahr. Das trifft insbesondere auf die Ausrüstungs- und Lagerinvestitionen zu. Diese sind wegen der vielfach eingetrübten Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen merklich zurückgegangen und haben für sich genommen den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozentpunkte vermindert. Auch die Bauinvestitionen sind insgesamt gesunken. Sie wiesen in den einzelnen Sparten allerdings unterschiedliche Entwicklungen auf. Die Wohnungsbauinvestitionen sind infolge der niedrigen Hypothekenzinsen, der günstigen Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven sowie der gestiegenen Präferenz für „Betongold“ preisbereinigt um 1,5 Prozent gestiegen. Im Wirtschaftsbau nahmen die Investitionen dagegen angesichts der tendenziell gesunkenen Kapazitätsauslastung der Industriebetriebe und der allgemeinen Wachstumsabschwächung um 2,2 Prozent ab. Die

öffentlichen Bauinvestitionen wiederum brachen aufgrund des Auslaufens der Konjunkturprogramme von 2008/2009 um 10,0 Prozent ein.

Außenhandel expandierte weniger stark

In 2012 verloren die Außenhandelsaktivitäten der deutschen Wirtschaft sichtbar an Schwung. Der Anstieg des Exportvolumens hat sich mit 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (7,8 Prozent) nahezu halbiert. Hierfür war vor allem der Rückgang im Handel mit den von Staatsschuldenkrisen betroffenen Ländern Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern verantwortlich. Aber auch in den übrigen Ländern des Euroraums war die Nachfrage nach deutschen Exportgütern überwiegend schwach. Dem insgesamt verhaltenen Europageschäft stand allerdings eine teilweise überaus rege Nachfrage aus Drittstaaten wie Japan, den USA und den Schwellenländern gegenüber. Die Importe sind mit 2,3 Prozent ebenfalls deutlich schwächer gestiegen als im Vorjahr (7,4 Prozent). Sie wurden durch den geringeren Exportzuwachs und die rückläufige inländische Nachfrage nach Investitionsgütern gedämpft.

Öffentlicher Gesamthaushalt ausgeglichen

Die finanzielle Situation der öffentlichen Hand hat sich weiter entspannt. Hierzu trugen zum einen die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bei, die den Zuwachs der Staatsausgaben dämpften. Zum anderen nahmen die staatlichen Einnahmen, auch aufgrund der kräftig gestiegenen Lohn- und Gehaltssumme, zu. Vor diesem Hintergrund erzielte der deutsche Staatssektor 2012 erstmals seit 2007 wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes schloss die öffentliche Hand das Jahr mit einem leichten Finanzierungsüberschuss von 2,2 Mrd. EUR ab. Dabei stellt sich die Lage der einzelnen

Gebietskörperschaften unterschiedlich dar. Während Bund und Länder in ihrer Gesamtheit weiterhin ein Haushaltsdefizit hinnehmen mussten, war bei den Sozialversicherungen und Gemeinden ein Budgetüberschuss zu verzeichnen. Die Defizitquote, die Relation aus dem staatlichen Finanzierungssaldo und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt, ist im Vorjahresvergleich von -0,8 Prozent auf 0,1 Prozent gestiegen.

Erwerbstätigenzahl erreichte neuen Höchststand

Am deutschen Arbeitsmarkt setzten sich Anfang 2012 zunächst die positiven Trends der vergangenen Jahre fort. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl tendierte nach oben und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Im Jahresverlauf verlor der Arbeitsmarktaufschwung aber spürbar an Tempo. Neben der Verschlechterung des Konjunkturfelds waren hierfür auch der Rückgang der leicht mobilisierbaren Arbeitskraftreserven und das allmähliche Nachlassen der positiven Effekte der vorangegangenen Arbeitsmarktreformen verantwortlich. Dennoch ist die Anzahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nach ersten amtlichen Schätzungen auf Jahressicht gegenüber dem Vorjahr um 422.000 Menschen auf einen neuen Rekordstand von 41,59 Millionen Menschen gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen ist hingegen um 79.000 Menschen auf 2,89 Millionen zurückgegangen, was einer Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent entspricht.

Moderater Preisauftrieb

Der allgemeine Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat sich in 2012 etwas vermindert. Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozent gestiegen. In 2011 hatte die Teuerungsrate noch bei 2,3 Prozent gelegen. Zu den wichtigsten Preistreibern gehörten aber-

mals die Energieprodukte, die sich im Mittel um 5,7 Prozent verteuerten. Sehr kräftige Preisanhebungen waren allerdings auch bei Nahrungsmitteln zu verzeichnen. So wurden beispielsweise die Preise für Fleischwaren durchschnittlich um 5,4 Prozent angehoben. Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter haben sich hingegen insgesamt mit einem Anstieg von 0,2 Prozent nur geringfügig verteuert.

1.2 Finanzmarkt

Die europäische Staatsschuldenkrise bleibt akut

Wie schon im Jahr zuvor war die europäische Staatsschuldenkrise in 2012 das bestimmende Moment für die Finanzmärkte im Euroraum. Zu Jahresbeginn war es zunächst zu einer Beruhigung gekommen. Hierzu trugen die Dreijahrestender der Europäischen Zentralbank (EZB) bei, durch die sich die langfristige Liquiditätsversorgung europäischer Geschäftsbanken deutlich erhöhte. Außerdem wurden ein zweites Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 130 Mrd. EUR sowie die Umschuldung privat gehaltener griechischer Staatsschulden im März 2012 beschlossen.

Verunsicherung erreichte im Sommer 2012 ihren Höhepunkt

Im zweiten Jahresquartal kam es allerdings zu einer massiven Verschärfung der Lage im europäischen Währungsraum: Die Konjunkturaussichten trübten sich spürbar ein, die angeschlagenen Euro-Staaten mussten weitere Bonitätsharabstufungen hinnehmen und die Schieflage von Geschäftsbanken in der Euro-Peripherie nährte die Furcht vor einer ungebremsten Eskalation der Euro-Staatsschuldenkrise. Eine herausragende



Rolle spielten dabei Italien und Spanien. Die beiden Euro-Staaten mussten bis Mitte des Jahres einen scharfen Anstieg der Risikoprämien auf ihre Staatsanleihen gegenüber den als besonders sicher eingestuften Bundesanleihen hinnehmen. Der sich darin widerspiegelnde Vertrauensverlust potenzieller Gläubiger gefährdete zunehmend die Refinanzierungs- und Zahlungsfähigkeit Italiens und Spaniens. In dieser Gemengelage wurde der Zusammenhalt des Euroraumes zunehmend in Frage gestellt.

Rescue package for Spanish banks

Die politischen Kräfte und Institutionen im europäischen Währungsraum reagierten auf die erneute Zuspitzung der Euro-Schuldenkrise mit zusätzlichen Hilfsmaßnahmen und einer Weiterentwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen. So sagte zum einen die EU dem spanischen Staat eine Kreditlinie von 100 Mrd. EUR zur Sanierung des spanischen Bankensektors zu. Zum anderen trugen das fortschreitende Ratifizierungsverfahren des neuen Rettungsmechanismus ESM und des Fiskalpakts sowie europafreundliche Wahlausgänge in einigen Euro-Staaten bis zum Jahresende zu einer Entspannung der Lage an den Finanzmärkten bei. Die zentrale Rolle bei der Krisenbekämpfung in der kurzen Frist kam aber in der zweiten Jahreshälfte der EZB zu.

ECB intensified 2012 crisis management ...

Die EZB verstärkte 2012 ihre expansive Geldpolitik. Auf die schwache Euro-Konjunktur und die erneute Zuspitzung der Euro-Staatsschuldenkrise reagierte sie mit einer Reihe teils unkonventioneller Maßnahmen. So senkte sie den Leitzins im Juli von 1,00 auf 0,75 Prozent und damit auf ein neues Allzeittief. Der Zins für Übernachteinlagen europäischer Geschäftsbanken bei der EZB sank gleichzeitig erstmals auf null Prozent.

... and drove heavy artillery on

Die bislang schwerste Waffe im Kampf gegen die Euro-Staatsschuldenkrise brachte der EZB-Rat im September 2012 mit dem neuen Anleiheaufkaufprogramm OMT (Outright Monetary Transactions) in Stellung. Die europäische Notenbank unterstrich damit das klare Bekenntnis der EZB zum Euro von Ende Juli 2012, im Rahmen des gegebenen Mandats alles zu tun, was nötig sei, um den Euro zu erhalten. Die weithin aufgekommenen Zweifel am Fortbestand des Währungsraums gingen daraufhin an den Finanzmärkten spürbar zurück. Ziel des geldpolitischen Sonderprogramms ist es, über den Kauf kurz laufender Staatsanleihen übertriebenen Preisabschlägen am Markt für Staatsanleihen von Euro-Staaten entgegenzuwirken. Ein Limit bei den Käufen setzten sich die europäischen Notenbanker nicht. Allerdings sind die Ankäufe strikt an Bedingungen geknüpft. So verpflichtete sich die EZB, nur Staatsanleihen von denjenigen Euro-Staaten zu kaufen, mit denen zuvor ein Hilfsprogramm der Rettungsschirme EFSF oder ESM vereinbart wurden und die die Auflagen der Rettungsprogramme angemessen umsetzen.

Bundesanleihen blieben in 2012 sicherer Hafen

Bundesanleihen haben auch in 2012 von einer gestiegenen Nachfrage profitiert. In einem Umfeld erhöhter Verunsicherung im Zuge einer weiteren Zuspitzung der Euro-Staatsschuldenkrise profitierten die als ausgesprochen sicher eingestuften Bundeswertpapiere in besonderer Weise von der stabilen Konjunktur und Haushaltslage in Deutschland. Die Rendite von deutschen Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren fiel bis zum Jahreshöhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise im Juli auf ein neues Allzeittief von 1,16 Prozent. Im Zuge der schrittweisen Beruhigung des eu-

ropäischen Staatsanleihemarktes konnten die Renditen von Bundesanleihen im weiteren Jahresverlauf jedoch wieder ansteigen. Ausschlaggebend hierfür waren umfangreiche Hilfs- und Stützmaßnahmen für die angeschlagenen Euro-Staaten von Seiten der EU und der EZB. Eine herausragende Rolle spielte dabei die EZB. So wendete sich das Blatt am Rentenmarkt nach dem bedingungslosen Bekenntnis des EZB-Präsidenten, Mario Draghi, zum Euro im Juli und der Installation eines unbegrenzten Anleiheaufkaufprogramms im September. Im Zuge einer abnehmenden Verunsicherung an den Finanzmärkten pendelte sich die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit bis zum Jahresende bei 1,31 Prozent ein. Das waren 52 Basispunkte weniger als zum Jahresresultat 2011.

On heavy losses on the stock markets ...

DAX-Aktionären hielt das Jahr 2012 viel Licht und Schatten bereit. So sorgten nach einem kurzen Aufwärtstrend zu Jahresbeginn eintrübende Konjunkturaussichten für Europa aber auch den Rest der Welt sowie zunehmende Sorgen um den Fortbestand des europäischen Währungsraums für massive Kursverluste an den europäischen Aktienmärkten. Im Zuge dessen fiel der DAX zwischenzeitlich unter 6.000 Punkte. Bis Mitte des Jahres stabilisierte sich der deutsche Leitindex bei 6.500 Punkten.

... followed in the second half of the year a firestorm

Erst im Juli gelang es dem deutschen Leitindex sich von der lähmenden Verunsicherung zu lösen. So ist das deutliche Jahresplus des DAX auch ausschließlich auf die Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen, als die Sorgen um den Fortbestand der europäischen Währungsunion spürbar zurückgingen. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie die Krisenpolitiken der

EZB und der europäischen Staatengemeinschaft. So nahm das eindeutige Bekenntnis des EZB-Präsidenten und der wichtigsten Staats- und Regierungschefs, wie auch Kanzlerin Angela Merkel, zur Dauerhaftigkeit des Euro im Hochsommer 2012 den aufgetretenen Spekulationen um einen Fortbestand des Währungsraums den Wind aus den Segeln. Die EZB flankierte ihr Bekenntnis im September 2012, indem sie den unbegrenzten aber an strikte Bedingungen geknüpften Ankauf von Staatsanleihen von unter Druck geratenen Euro-Staaten zusagte. Gegen Ende des Jahres stützten zudem die Aussicht auf ein weiteres Anleiheaufkaufprogramm der US-Notenbank Fed sowie eine positiv bewertete Anleiherückkaufaktion Griechenlands den DAX und die europäischen Börsen. Unklarheit über den Ausgang des US-Haushaltstreits grenzte hingegen zum Jahresausklang die Gewinne leicht ein. Vor diesem Hintergrund pendelte sich der DAX bis zum Jahresende bei 7.612 Punkten ein. Das waren 29,1 Prozent mehr als zum Vorjahresresultat.



1.3 Geschäftsentwicklung der Kreditgenossenschaften in Deutschland

Stabiler Wachstumskurs

Trotz der anhaltend hohen Herausforderungen und Risiken in Zeiten der Staatsschuldenkrise verzeichneten die 1.102 Volksbanken, Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie sonstigen Kreditgenossenschaften im Jahr 2012 erneut ein stabiles Wachstum. Die positive Geschäftsentwicklung unterstreicht einmal mehr das Vertrauen unserer Kunden auf den Genossenschaftssektor als verlässlichen Stabilisator der Finanzmärkte. Dabei sprechen die aktuellen Zahlen für sich: Insgesamt stiegen die betreuten Kundeneinlagen der Kreditgenossenschaften auf 542 Mrd. EUR. Auch die Kundenkredite legten auf stattliche 443 Mrd. EUR zu. Die addierte Bilanzsumme stieg um 21 Mrd. (2,9 Prozent) auf 750 Mrd. EUR.

Rekordzuwächse im Kreditgeschäft

Im Kreditbereich konnten die Volks- und Raiffeisenbanken in hohem Maße von den positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren. So erhöhte sich die Kreditvergabe an Privat- und Firmenkunden per Dezember 2012 im Vorjahresvergleich um 4,4 Prozent oder 19 Mrd. EUR. Getragen wurde das Kreditwachstum im letzten Jahr in erster Linie von den langfristigen Forderungen mit einem Plus von 4,5 Prozent. Aufgrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise entwickelten die privaten Haushalte eine Vorliebe für langfristige Investitionen in „Beton-Gold“. Neben Neubauten wurden vor allem Sanierungsmaßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz bestehender Wohngebäude finanziert.

Besonders gefragt: Täglich verfügbare Anlagen

Auf der Passivseite steigerten die Kreditgenossenschaften ihre Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um 18 Mrd. EUR oder 3,5 Prozent auf 542 Mrd. EUR. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Spannungen an den Finanzmärkten im Zuge der Euro-Staatsschuldenkrise und den nach wie vor niedrigen Zinsen zeigten die Bankkunden eine starke Präferenz für liquide Produkte. Insgesamt erhöhten sich vor diesem Hintergrund die Sichteinlagenbestände um 14,1 Prozent auf 269 Mrd. EUR. Damit entfällt knapp die Hälfte der Einlagenbestände auf täglich fällige Verbindlichkeiten. Die Höhe des Einlagenvolumens zur Vermögensanlage war darüber hinaus rückläufig. So lag der Termineinlagenbestand per Ende 2012 bei 69 Mrd. EUR und damit 15 Prozent unter dem Vorjahreswert. Auch die Sparbriefe nahmen bestandsmäßig ab. Sie sanken um 14,8 Prozent auf 17 Mrd. EUR. Kaum zulegen konnten die Spareinlagen. Zum Jahresende 2012 betrug der Spareinlagenbestand wie im Vorjahr 187 Mrd. EUR.

2. Die Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG im Jahr 2012

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG wiederum ein zufriedenstellendes Jahr. Eines unserer strategischen Ziele war es, die Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel III) weiter voranzutreiben. Dieses Ziel haben wir erreicht. Der Stand der Umsetzung entspricht unserem Projektplan.

Unser Kernauftrag ist nach wie vor, die Freien evangelischen Gemeinden in Deutschland bei ihren finanziellen Fragestellungen zu beraten und ihnen für ihre Investitionen die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Diesen Kernauftrag wollen wir auch in der Zukunft gerne weiter wahrnehmen.

Gerade im letzten Jahr standen wir vor einigen Herausforderungen. Neben den personellen Veränderungen im Vorstand und im Aufsichtsrat waren dies vor allem auch das immer schwieriger werdende Umfeld des Geld- und Kapitalmarktes und die ständig komplexer werdenden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Gerade vor diesem Hintergrund sind wir sehr dankbar, dass sich die Bank im letzten Jahr weiter gut entwickelt hat. Wir freuen uns, Ihnen den folgenden Bericht des Vorstands mit dem Jahresabschluss und dem Bericht des Aufsichtsrats vorstellen zu können.

Nachfolgend geben wir Ihnen nähere Erläuterungen zu den maßgeblichen Bilanzpositionen – mit den Vorjahresvergleichswerten. Auch im Jahr 2012 haben einige Gemeinden ihre neuen Gebäude eingeweiht. Über einige dieser Projekte werden wir kurz berichten. Hieran können Sie sehen, wie Ihre uns anvertrauten Gelder eingesetzt werden.

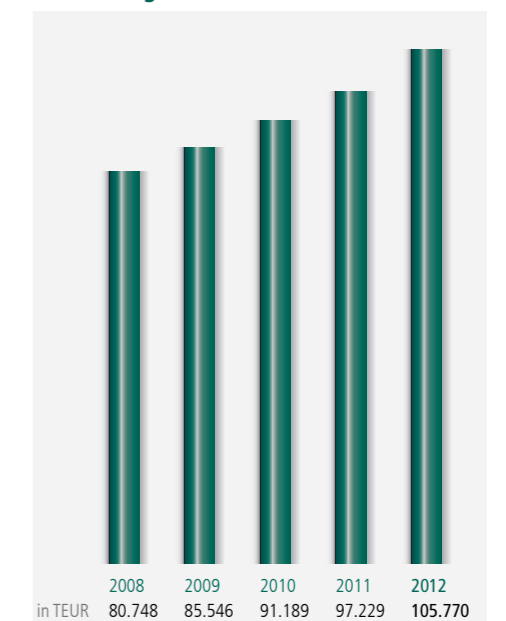
Gleichzeitig ist es mittlerweile gute Tradition, dass wir Ihnen auch einige Gemeinde vorstellen, die bereits vor einigen Jahren mit unserer Unterstützung gebaut haben. Diese Gemeinden berichten über ihre Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren.

Bilanzsumme

Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
105.770	97.229	8.541	8,8

Die Entwicklung der Bilanzsumme bewegte sich wiederum deutlich über unseren Erwartungen. Wie in den Vorjahren wurde unser Bilanzsummenwachstum von einem starken Zuwachs unserer Kundeneinlagen getragen.

Entwicklung der Bilanzsumme





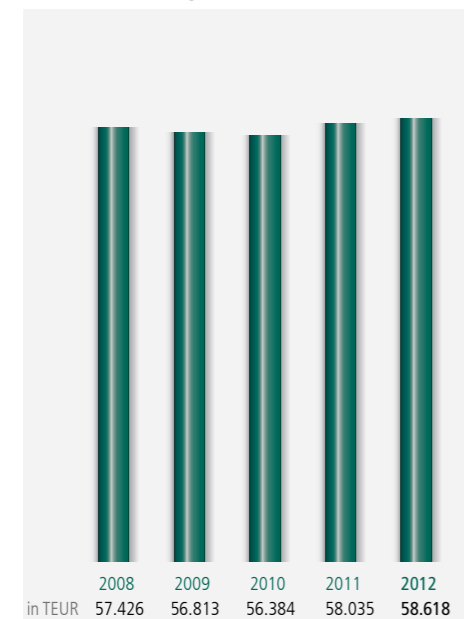
Aktivgeschäft

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Barreserve	546	1.014	-468	-46,2
Bankguthaben	21.804	15.074	6.730	44,6
Kundenforderungen	58.618	58.035	583	1,0
Wertpapiieranlagen	17.728	15.723	2.005	12,8

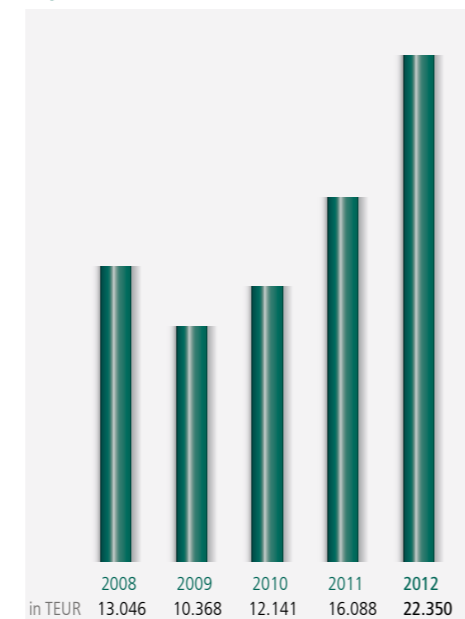
Die Abnahme der Barreserve resultiert aus der Änderung der Mindestreservevorschriften. In der Steigerung der Bankguthaben und der Wertpapiieranlagen spiegelt sich die Zunahme der Kundeneinlagen wider. Nach wie vor ist es für uns maßgeblich, dass wir in Wertpapiere mit besten Bonitäten investieren. Abschreibungen, die wir in diesem Bereich vorgenommen haben, sind

rein zinsinduziert. Risikoabschreibungen haben wir auf unsere Wertpapiieranlagen nicht vorgenommen. Die Kundenforderungen konnten wiederum leicht gesteigert werden. Dies drückt die Nachfrage der Gemeinden nach Baukrediten aus. Gleichzeitig haben unsere Kunden aber auch Sondertilgungen in Höhe von TEUR 1.600 geleistet.

Kundenforderungen



Liquide Mittel



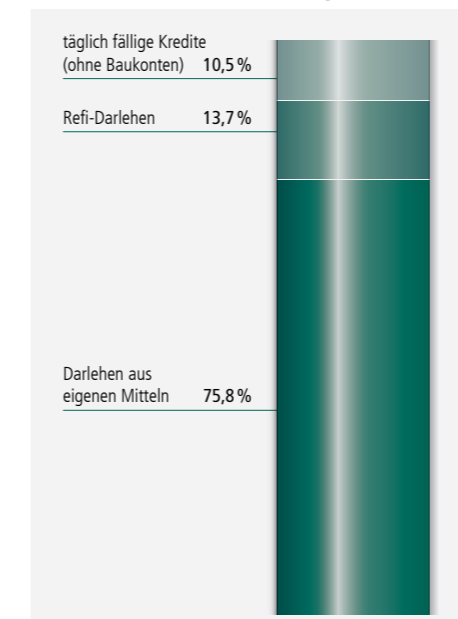
Entwicklung der einzelnen Kreditarten

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Täglich fällige Kredite	6.126	6.735	-609	-9,0
Darlehen aus eigenen Mitteln	44.439	44.640	-201	-0,5
Darlehen aus Refinanzierungsmitteln	8.053	6.660	1.393	20,9

Die täglich fälligen Kredite sind deutlich zurückgegangen. Ursächlich hierfür sind Bauprojekte, die abgeschlossen wurden und in langfristige Darlehen umfinanziert wurden. Der Rückgang der Darlehen aus eigenen Mitteln resultiert vor allen aus Sondertilgungen, die von den Gemeinden auf ihre Finanzierungen geleistet wurden.

Im Gegensatz dazu haben die Darlehen aus Refinanzierungsmitteln wiederum deutlich zugenommen. Hierunter verstehen wir Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Das attraktive Produkt- und Konditionenangebot der KfW setzen wir seit einigen Jahren konsequent bei Baufinanzierungen im Gemeindebereich und im privaten Wohnungsbau ein. Hierdurch gelingt es uns, den Gemeinden auch äußerst attraktive Festsatzkonditionen anzubieten.

Struktur der Kundenforderungen



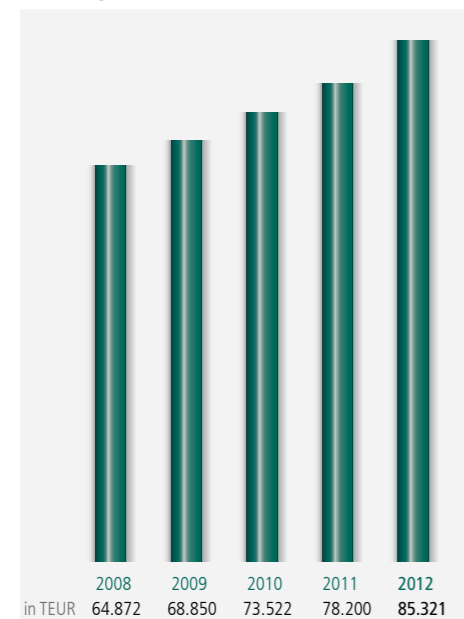
Passivgeschäft

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Bankrefinanzierungen	8.102	6.846	1.256	18,3
Kundengelder	85.321	78.200	7.121	9,1
Spareinlagen	35.110	32.494	2.616	8,1
täglich fällige Einlagen	39.351	32.594	6.757	20,7
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.860	13.112	-2.252	-17,2

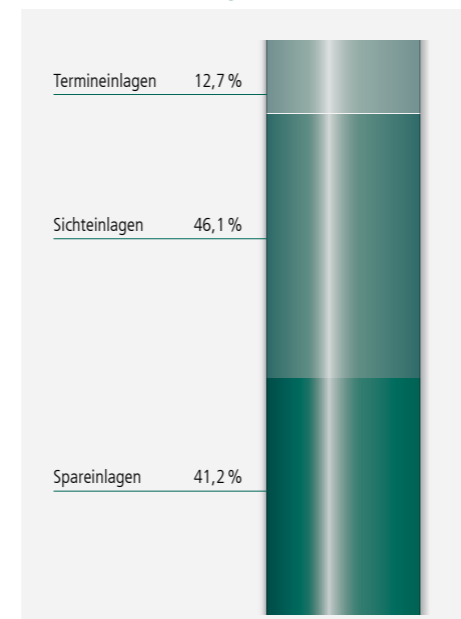
Die Steigerung der Bankenrefinanzierung resultiert aus der Zunahme von zweckgebundenen Refinanzierungen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), für Wohnbau- und Sanierungsmaßnahmen und für neue Investitionen im privaten und vor allem im gemeindlichen Bereich.

Die wiederum überdurchschnittlich starken Zuwächse an Kundengeldern wurden hauptsächlich in täglich fälligen Einlagen angelegt. Erfreulich ist, dass die Spareinlagen – wie bereits in den Vorjahren – zugenommen haben. Die Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist nehmen wegen des aktuellen Zinsniveaus ab und werden in täglich fälligen Einlagen oder Spareinlagen angelegt.

Kundengelder



Struktur der Kundengelder



Außerbilanzielle Geschäfte

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen nahmen leicht um 0,9% auf TEUR 1.366 zu. Die unwiderprüflichen Kreditzusagen nahmen ebenfalls leicht um 1,0% auf TEUR 3.770 zu.

Dienstleistungsgeschäft

Das Ergebnis im Depot- und Vermittlungsgeschäft ist in Bezug auf das Gesamtgeschäft nach wie vor von untergeordneter Bedeutung. Per 31. Dezember 2012 unterhielten 116 Kunden (Vorjahr 128) Wertpapierdepots mit einem Kurswert von TEUR 3.374 (Vorjahr TEUR 5.685).

Der Bauspareinlagenbestand bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG konnte von TEUR 1.018 in 2011 auf TEUR 1.032 leicht gesteigert werden. Der Bauspardarlehenbestand sank

hingegen von TEUR 248 auf TEUR 219. Im Neugeschäft haben wir mit TEUR 330 wieder an das Niveau der vorangegangenen Jahre angeknüpft. Hier war das Jahr 2011 mit einem Neugeschäftsvolumen von TEUR 590 ein Ausnahmejahr.

Den Hypothekendarlehensbestand bei der WL Bank AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank haben wir deutlich um 9,1% auf TEUR 8.101 gesteigert.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2012 haben wir im Durchschnitt sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (bezogen auf Vollarbeitskräfte) beschäftigt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben an verschiedenen Kurzzeitseminaren in ihren jeweiligen Fachbereichen teilgenommen.



Freie evangelische Gemeinde Dillenburg-Frohnhausen

Aus alt mach neu

Zugegeben, zwischen diesen beiden Fotos liegen einige Jahre und bauliche Veränderungen, aber das ist für neutestamentliche Gemeinden doch symptomatisch. Sie verändern sich nach innen und außen, denn es sind lebendige Gemeinden.

Vor über 10 Jahren wurde gemäß dem Motto „Raum ist in der kleinsten Hütte“ auf unserem zu allen Seiten begrenzten Grundstück neu gebaut und jeder Meter gut ausgenutzt. Seitdem präsentiert sich unser Gemeindehaus in zentraler Dorflage als ansprechender Blickfang. Dabei ist es durch das auffällige Kreuz auch für jeden klar als christliche Gemeinde erkennbar.

Die inneren Werte der Verkündigung sind die gleichen geblieben, die „inneren Werte“ der Räumlichkeiten haben sich dank guter Planung sehr verändert. So ist die Gottesdienstgestaltung durch moderne Technik und eine funktionale Bühne vielseitiger geworden. Die Empore wird gern genutzt, der Mutter-Kind-Raum bietet bekannte Vorteile, das Gemeindecafé lädt in guter Atmosphäre ein, das Taufbecken ist geschickt integriert und eine gut ausgestattete Küche bietet genügend Platz für fleißige Helfer. So kann die Gemeinde in verschiedenen, variablen Mehrzweckräumen Christsein feiern und dabei Bewährtes beibehalten und neue Ideen endlich umsetzen.

Ein gutes Finanzierungskonzept fördert die Spendenbereitschaft. Ein gutes Gemeindegeldkonzept motiviert viele, sich mit ihren Fähigkeiten als Mitarbeiter einzubringen. Wir erleben, dass einladende Räume von Jung und Alt, von Mitgliedern, Freunden und Gästen gern besucht werden und sind heute sehr froh, damals den Schritt zum Neubau gewagt zu haben.



10 Jahre Gemeindehausneubau in Wuppertal-Ronsdorf

Im Sommer 2012 blickten wir in einem Festgottesdienst voller Dankbarkeit, Freude und auch etwas Stolz auf 10 Jahre Neu- und Umbau unseres Gemeindehauses zurück.

Bis allerdings 2001 der erste Spatenstich erfolgen konnte, waren etwa 6 Jahre voraus gegangen mit Planungen, finanziellen Selbsteinschätzungen und auch einem Bau-Sabbatjahr.

Zwei wichtige Entscheidungen fielen auch schon in dieser Zeit: Wir erwarben das Nachbarhaus und bekannten uns somit zu dem zentralen und in Ronsdorf bekannten Standort.

Die Entscheidung für das Bauprojekt wurde schließlich einmütig ohne Gegenstimme getroffen. Unsere Gemeinde zählte damals 185 Mitglieder.

So wurde das alte Gemeindehaus komplett für Nebenräume und Cafeteria umgebaut. Auf dem Nachbargrundstück entstand ein neuer Saal für 400 Besucher, ebenerdig verbunden mit dem alten Gebäude durch ein großzügiges Foyer. Die Gesamtbaukosten betragen 1,9 Millionen Euro, die nur durch gemeinsames Vertrauen, tatkräftiges Anpacken und Spenden bewältigt werden konnten.

Wir empfanden es als außerordentlich hilfreich, dass uns die SKB von Anfang an bei allen Fragen kompetent begleitet hat, so dass auch die notwendige Finanzierung ausschließlich über unsere Gemeindebank lief. Heute haben wir bereits 70% der Darlehenssumme getilgt.

Ob wir so noch mal bauen würden? Ja, genauso. Vielleicht mit kleinen Änderungen. Obwohl ein großer Teil der Gemeindeglieder tatkräftig mit angepackt hat, haben wir nur ein Drittel der veranschlagten Eigenleistung



erreicht. Hier und da hätten wir etwas mehr Mut haben und großzügiger bauen können.

Auch wenn ein Neubau kein automatisches Gemeindegrowth bedeutet, was auch wir erfahren mussten, so sind wir doch im Laufe der Jahre auf 240 Mitglieder gewachsen. Noch heute sind Gäste begeistert von unserem Gemeindezentrum und fühlen sich dort wohl. Die bei uns traditionell umfangreiche Kinderarbeit hat genügend Platz und neue Gruppen sind entstanden. An zwei Vormittagen treffen sich die Zwergentreffs, Eltern Kind Kreise, die von den Ronsdorfern so gut angenommen werden, dass schon über eine Erweiterung nachgedacht wird. Die Chöre in unserem Stadtteil haben den hellen und freundlichen Saal mit seiner Tontechnik schon längst für Konzerte entdeckt.

Auch wenn die erste größere Renovierung bereits durchgeführt werden musste, sind wir Gott dankbar, dass wir diese schöne und zweckmäßige Immobilie haben dürfen. Wir bitten Gott darum, dass er auch weiterhin sein Haus mit Leben füllt, damit Menschen zum Glauben kommen.



II. Vermögenslage

Eigenmittel

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung gemäß § 10 KWG und die Solvabilitätskennziffer stellen sich wie folgt dar:

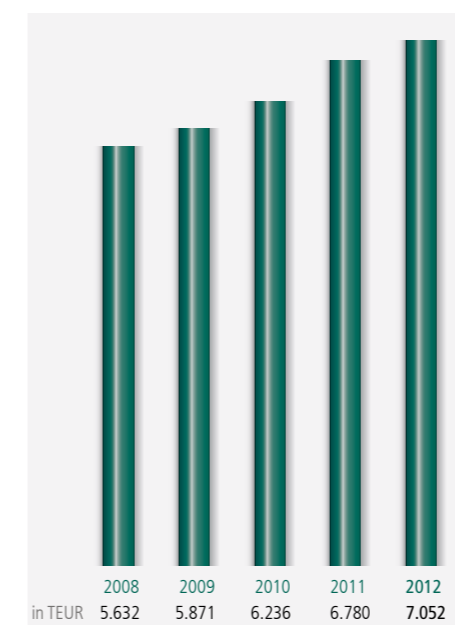
in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
gezeichnetes Kapital	2.192	2.169	23	1,1
Rücklagen	4.635	4.366	269	6,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	650	600	50	8,3
Genussrechtskapital	1.055	1.055	0	0,0

Die Rücklagen konnten deutlich gestärkt werden. Gleichzeitig haben wir TEUR 50 dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt. Durch diese

Maßnahme erreichen wir eine weitere Verbesserung der Eigenmittelquote und der Eigenmittelausstattung.

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr
modifiziertes verfügbares Eigenkapital gemäß § 10 KWG	9.633	9.408
Gesamtkennziffer gemäß SolvV	14,6 %	14,2 %

Eigenkapital laut Bilanz



Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Die Aktivseite unserer Bilanz wird nach wie vor durch die Forderungen an Kunden (Anteil von 55,4 %) dominiert.

Dabei konzentrieren sich die Kundenforderungen aufgrund unserer satzungsgemäßen und traditionellen Marktorientierung auf den Bereich der Freien evangelischen Gemeinden. Der Anteil des in der Satzung niedergeschriebenen Kerngeschäfts von ca. 90 % der Branchengliederung spiegelt unseren speziellen Förderauftrag wider.

Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Kundeneinlagen von 80,7 % der Bilanzsumme) zeigt eine günstige Struktur. Die Streuung innerhalb der Kundeneinlagen nach Größenklassen und Fälligkeiten ist ausgewogen.

Wertpapierkategorien

Unsere gesamten Wertpapiere werden wie in den Vorjahren nach dem für das Umlaufverfahren geltenden strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Sicherungseinrichtung

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.



III. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben, Aufgrund unserer Bilanzstruktur – insbesondere durch den relativ hohen Anteil breit gestreuter Kundeneinlagen – haben wir nur eine sehr geringe Abhängigkeit von Refinanzierungen am Geld- und Kapitalmarkt.

	Berichtsjahr	Vorjahr
Liquiditätskennzahl gemäß LiqV	2,75	2,90

Der aufsichtsrechtliche Mindestwert (1,0) wurde stets eingehalten. Die Liquiditätsreserven sind ausreichend und bei der WGZ Bank AG bzw. in festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Refinanzierungsmöglichkeiten bestehen ebenfalls bei der WGZ Bank AG. Sie wurden zum Bilanzstichtag aber nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit ist in den nächsten zwei Jahren aus heutiger Sicht nicht zu rechnen. Deshalb sind auch keine Gegenmaßnahmen erforderlich.

IV. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	... in %
Zinsüberschuss ¹⁾	1.902	1.985	-83	-4,2
Provisionsüberschuss ²⁾	133	132	1	0,8
Personalaufwand	585	545	40	7,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	690	696	-6	-0,9
Aufwandsüberhang aus der Bewertung ³⁾	58	452	-510	
Überschuss der normalen Geschäftstätigkeit	689	1.322	-633	-47,9
Steueraufwand	242	273	-31	-11,4
Jahresüberschuss	397	450	-53	-11,8

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) im Vorjahr Ertragsüberhang

Neben dem Jahresüberschuss ist das Betriebsergebnis vor Bewertung für die Beurteilung der Ertragslage von Bedeutung. Es ermittelt sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich des Steueraufwandes und des Bewertungsergebnisses sowie bereinigt um wesentliche periodenfremde Erfolgsposten bzw. Einmaleffekte/Sondereinflüsse.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in 2012 auf TEUR 775 (Vorjahr TEUR 885) bzw. auf 0,76 % (Vorjahr 0,94 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme vermindert.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die wir als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen ermittelt haben, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 59,5% auf 63,3 % verschlechtert.

Berichte von Gemeinden

FeG Kaiserslautern

Das bisherige Gemeindezentrum der FeG Kaiserslautern war gemietet. Aufgrund des Vorhabens des Vermieters das Gelände samt Gebäude zu veräußern und bis zum Verkauf nur noch Jahresmietverträge zu vereinbaren war die Gemeinde gezwungen zu handeln. Außerdem kam hinzu, dass das sehr alte Gebäude über wenige und kleine Räumlichkeiten sowie über sehr alte Installationen verfügte, wodurch die Gemeindegemeinschaft immer wieder erschwert wurde.

Nach vielem Suchen, Prüfen, Besprechen, Verhandeln, Verwerfen, neu Ausschau halten – ein Großprojekt für jede Gemeinde – hat sich die Gemeinde durch Kauf einer ehemaligen Lagerhalle entschieden, sich auf das Abenteuer einer eigenen Immobilie einzulassen. So hat uns die SKB nicht nur die Finanzierung strukturiert, indem sie zinsgünstige Darlehen der KfW erschlossen hat, sondern uns auch von Anfang an bei den Verhandlungen mit dem Vorbesitzer begleitet und beraten.

Baubeginn, Bauzeit, Einweihung

Nur 3,5 km von den bisherigen Räumlichkeiten der FeG Kaiserslautern entfernt wurde im Mai 2011 mit den ersten Umbaumaßnahmen der Lagerhalle zu einem Gemeindezentrum begonnen.

Bis zur offiziellen Einweihung am 1. Juli 2012 wurden die Gottesdienste schon ab Januar 2012 auf der Baustelle gefeiert – ein besonderes Erlebnis.

Bis heute sind die Baumaßnahmen noch nicht beendet. Der Ausbau des Kellers, die Außenabdämmung, die Gestaltung der Außenanlagen und noch vieles andere wird die Gemeinde noch in den nächsten Monaten beschäftigen.

Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Sitzplätze

Die FeG Kaiserslautern hat aktuell 83 Mitglieder. Der Gemeindesaal bietet 160 Sitzplätze. Durch Integrierung von Teilen des Foyers können bei Bedarf weitere Sitzplätze geschaffen werden.

Art und Anzahl der Gruppen- bzw. Nebenräume

Neben dem Gottesdienstsaal und dem Foyer sind eine Reihe von Gruppenräumen entstanden:



- 3 Gruppenräume für Kinder
- 1 Mutter-Kind-Raum
- 1 Seminarraum
- 1 Gebetsraum
- 1 Büro
- 1 Küche
- 1 Abstellraum

Durch den geplanten Kellerausbau sollen noch weitere Räume, unter anderem ein Jugendraum und ein weiterer Seminarraum geschaffen werden.

Erfahrung während der Bauzeit

Wir als Gemeinde waren großen Herausforderungen während der Bauzeit ausgesetzt: Das alte Dach musste ab- und wieder neu gedeckt werden, eine Photovoltaikanlage musste installiert werden, die komplette Elektroinstallation im Haus musste erneuert werden, die sanitären Einrichtungen mussten verändert werden, ... und das alles mit möglichst viel Eigenleistung und ohne einen einzigen Berufshandwerker in der Gemeinde.

Im Bewusstsein dessen, dass wir diese Herausforderungen nur gemeinsam mit Gottes Hilfe bewältigen können, hat der Bauprozess die Gemeinde näher zusammenrücken lassen. Wir blieben nicht von Konflikten und Spannungen verschont, aber sie waren verschwindend gering im Vergleich zu dem, was wir gewonnen haben.

Welche Erwartungen verbinden sich damit für die zukünftige Gemeindegemeinschaft?

Durch die deutlich größeren Räumlichkeiten und den großen Außenbereich erhofft sich die Gemeinde ein breiteres Angebot schaffen zu können und damit verbunden nach dem Slogan von Willow Creek „Die Ortsgemeinde ist die Hoffnung der Welt“ ein lebendiges Zeichen der Hoffnung für die Menschen in Kaiserslautern sein zu können.

Wir wünschen uns als Gemeinde, durch die während der Bauzeit erfahrene Hilfe Gottes, ein brennenderes Herz für Gott und füreinander und damit die Rahmenbedingungen für viel Jesusbegegnung.

FeG Neuburg a. d. Donau

Seit der Gründung der FeG Neuburg a. d. Donau 1997 feierte die Gemeinde ihre Gottesdienste in angemieteten Räumlichkeiten einer leer stehenden Kaserne. Schon seit mehreren Jahren wurde über neue Räume nachgedacht. Der bisherige Gottesdienstsaal wurde zunehmend zu klein, die Stühle standen dicht gedrängt. Doch bisher fehlte der Gemeinde das Geld, um andere Räume zu mieten oder zu kaufen. An einem Freitag im Oktober 2009 wurde der Gemeinde die Entscheidung abgenommen. Die bisher von der Landesimmobilienverwaltung Bayern angemieteten Gemeinderäume wurden aus brandschutztechnischen Gründen fristlos gekündigt. Damit stand die Gemeinde von einem Moment auf den anderen „auf der Straße“. Der Vermieter untersagte bereits die Nutzung der Räumlichkeiten zum darauffolgenden Sonntag. Nach dem ersten Schock fand die Gemeinde Hilfe bei der ortsansässigen Advent-Gemeinde, die Ihre Räumlichkeiten vorübergehend zur Verfügung stellte. Nun begann eifriges Suchen. Nach einigen Besichtigungen und nach Beratung durch die SKB konnte im April 2010 eine 1933 erbaute Villa mit einem Grundstück von knapp 1.300 qm an einer der Hauptverbindungsstraßen in die Innenstadt von Neuburg erworben werden.

Baubeginn, Bauzeit, Einweihung

Die Rodung des Grundstückes begann im Juli 2010. Bis dahin wurden schon erste Arbeiten im Gebäude der Villa vorgenommen. Im November 2010 wurde die Bodenplatte für den geplanten Anbau an die Villa fertiggestellt und mit dem Bau des Gemeindesaales in Holzständerbauweise begonnen. Bis zum Einweihungsgottesdienst am 21.10.2012 wurde viel in Eigenleistung an den neuen Gemeinderäumlichkeiten gearbeitet.

Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Sitzplätze

Zum 31.12.2012 hat die Gemeinde 49 Mitglieder, ebenso viele Kinder und einige Freunde. Der neue Gemeindesaal bietet verschiedene „Ausbaustufen“ – in einem ersten Schritt wurden ca. 150 Sitzplätze geschaffen mit der Option später einmal auf 250 oder mehr erweitern zu können. Auch eine Gebäudeerweiterung auf dem Grundstück wäre zukünftig möglich.

Art und Anzahl der Gruppen- bzw. Nebenräume

Neben dem Gemeindesaal befindet sich im Neubau der FeG Neuburg a. d. Donau ein Mutter-Kind-Raum, ein Teenie- und ein Kinderzimmer. Im Altbau der Villa befinden sich



ein Begegnungsraum im EG sowie drei weitere Kinderräume im 1. OG. Ein noch nicht ausgebautes Dachgeschoss würde für einen weiteren Raum zur Verfügung stehen.

Erfahrung während der Bauzeit

Ein Bauteam von 7 Personen hat sich um alles rund um den Bau gekümmert (Planung, Finanzierung, Handwerker, Eigenleistung, usw.). Dadurch wurde die organisatorische Last auf viele Schultern verteilt und dafür gesorgt, dass der Gemeinde die Puste nicht ausging. Durch viel Eigenleistung, die fast nur samstags erbracht wurde, hat sich die Bauzeit recht lange hingezogen. Während dieser Zeit hat sich eine Kerntruppe von 6–8 Personen gefunden, die sich fast jeden Samstag auf der Baustelle traf. Diese wurde von vielen Leuten aus der Gemeinde unterstützt, so dass fast immer 10–15 Leute auf der Baustelle tätig waren (manchmal auch bis zu 20 Personen). Mittags wurden die Arbeiter von den Frauen der Gemeinde bekocht. Das war für die „Moral der Truppe“ enorm wichtig.

Nur gelegentlich gab es Meinungsverschiedenheiten bei diversen Bauausführungen. Wir sind dankbar für Menschen in unserer Gemeinde, die ein ausgleichendes Wesen haben und sich vermittelnd einbrachten. Unser Gemeindeleben hat während der Bauzeit sicherlich gelitten. Da der Gemeinde außer Sonntags für den Gottesdienst keine anderen Räumlichkeiten zur Verfügung standen fanden kaum weitere Veranstaltungen statt.

Welche Erwartungen verbinden sich damit für die zukünftige Gemeindegemeinschaft?

Nach der anstrengenden Bauzeit ist der Wunsch der Gemeinde groß wieder einen „geregelten“ Gemeindebetrieb aufnehmen zu können und so dem Auftrag Menschen zu Gott zu führen in Neuburg und Umgebung wieder stärker nachkommen zu können. Als erste öffentliche Aktion plant die Gemeinde im April 2013 das Lego Projekt des Bundes im neuen Gemeindesaal.





V. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

VI. Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementziele und -methoden

Wie alle unternehmerischen Tätigkeiten ist auch das Bankgeschäft nicht frei von Risiken. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken (z. B. Zinsänderungs-, Währungs- und Aktienkursänderungen) sowie Liquiditäts- und operationellen Risiken zeigen.

Ziel unseres Risikomanagements ist es, negative Abweichungen von unseren Erfolgs-, Eigenmittel- und Liquiditätsplanungen zu vermeiden. Das Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem ist primär darauf ausgerichtet, Risiken rechtzeitig zu identifizieren und bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient uns aber zugleich zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen haben wir für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken Verlust- und Volumenslimite bzw. in Teilbereichen auch Zielgrößen definiert.

Das Risikocontrolling beinhaltet ferner die Identifizierung, Quantifizierung und Überwachung der Risiken. Über die Ergebnisse der zu diesem Zweck durchgeführten Analysen und Auswertungen, die auch Stress-Szenarien um-

fassen, informiert der Vorstand den Aufsichtsrat durch vierteljährliche Risikoreports.

Im Mittelpunkt des Risikomanagements steht die Gesamtheit aller geeigneten Maßnahmen einer aktiven und bewussten Steuerung der identifizierten Risiken.

Adressenausfallrisiken

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressenausfallrisiken) basiert insbesondere auf Kreditratings nach Verfahren der genossenschaftlichen Organisation.

Das Verfahren ermöglicht, für alle wesentlichen Kreditsegmente Ausfallwahrscheinlichkeiten („erwartete Verluste“) zu ermitteln und die Kredite Risikoklassen zuzuordnen. Unser Kundenkreditvolumen ist zu einem Großteil mit diesem Verfahren klassifiziert.

Über die „erwarteten Verluste“ hinaus ermitteln wir die „unerwarteten Verluste“ mittels eines Credit Value at Risk (CVaR), der neben den Ausfallwahrscheinlichkeiten die Granularität des Kreditportfolios, insbesondere nach der Größenstruktur der ungesicherten Kreditzusagen, berücksichtigt.

Die Ratingergebnisse werten wir auf aggregierter Basis u. a. nach Volumina, Blankoanteilen und Verlustpotenzial aus. Unsere EDV-Statistiken geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen und Größenklassen.

Verlust- bzw. Volumenslimite dienen der Initiierung risikosteuernder Maßnahmen.

Die Streuung der Kundenforderungen nach Branchen- und Größenklassen zeigt einen Schwerpunkt in der Finanzierung Freier evangelischer Gemeinden. Aufgrund der satzungsgemäßen Ausstattung der Bank ist dies so gewollt. Daraus leiten sich keine besonderen Risiken ab. Nennenswerte Forde-

rungen an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland bestehen nicht.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken bestehen nicht. Der Umfang der vollwertigen, aber nach unserer Einschätzung mit erhöhten Risiken behafteten Forderungen ist überschaubar; für hierin enthaltene Ausfallgefahren bestehen nach unserer Einschätzung ausreichende Abschirmungsmöglichkeiten aus dem laufenden Ergebnis bzw. in Form von Vorsorgereserven.

Adressenausfallrisiken in festverzinslichen Wertpapieren begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir Emittentenlimite festgesetzt haben und keine Papiere mit einem Rating schlechter als A (nach Fitch IBCA) in den Bestand nehmen. Die Ausfallrisiken steuern wir zusammen mit den Marktpreisrisiken über Value-at-Risk-Ansätze.

Marktpreisrisiken

Banken sind angesichts von Inkongruenzen zwischen aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Zinsänderungsrisiken messen wir mithilfe dynamischer Zinselastizitätsbilanzen. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Nach abgestuften Risikoszenarien haben wir für mögliche Ergebnisbeeinträchtigungen Limite vorgegeben, an deren Auslastung sich unsere Steuerungsmaßnahmen ausrichten.

Das barwertig gemessene Zinsänderungsrisiko ist für die Bank tendenziell von untergeordneter Bedeutung. Im Rahmen des Berichtswesens haben wir die Anforderungen gem. Basel III mit einer adhoc Zinsverschiebung von +200 bzw. -200 BP berücksichtigt. Hierdurch ergibt sich ein höherer Risikoausweis, der sich deutlich unter der Grenze von 20% befindet.

Unseren Wertpapierbestand haben wir insgesamt der Liquiditätsreserve zugeordnet und dementsprechend nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a Abs. 1 KWG unterhalten wir nicht.

Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung.

Operationelle Risiken

Neben Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken hat sich unsere Bank aber auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einzustellen. Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (z. B. im EDV-Bereich oder im Formular- und Rechtswesen). Versicherbare Gefahrenpotenziale, z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Berichte von Gemeinden



Neubau des Gemeindehauses FeG Oberhausen-Sterkrade

Als kleine Gemeinde mit 56 Mitgliedern an einen Gemeindehausneubau zu denken, verbot sich aus finanziellen Gründen von selbst. Natürlich war der Wunsch vorhanden, das alte Gebäude aus dem Jahre 1928 mit den beiden Anbauten (1972 und 1986) durch einen Neubau zu ersetzen. Als dann Mitte 2010 das Dach undicht wurde, war dies der Anlass, in etwas größeren Dimensionen zu denken als nur die Reparatur durchzuführen. Ein eventuell neues Gemeindehaus sollte dann natürlich auch bessere Möglichkeiten für eine nach außen orientierte Gemeindearbeit bieten. Als dann durch Spendenzusagen eine solide Finanzierung nicht mehr ausgeschlossen schien, wurde das Düsseldorfer Architekturbüro Oberdörfer, Kreuzer und Partner beauftragt, einen Planungsentwurf für ein neues Gemeindehaus unter Beibehaltung des neueren Anbauteils zu erstellen.

So kam es zu einem sehr ansprechenden Entwurf, der den Wunsch nach Offenheit durch eine große Glasfront zur Straßenseite hin unterstrich. Der Gottesdienstraum mit 110 Plätzen kann durch eine flexible Trennwand zum Gruppenraum auf ca. 150 Plätze erweitert werden. Ein großes Foyer und ein einladend gestaltetes Café bieten viel Raum für Begegnung. Zum Neubauteil gehören auch Garderobe und Toiletten. Im Altbau, der teilweise saniert werden musste, befinden sich Jugendraum, Kleinkinderraum, Gruppenraum, Küche und Abstellraum.

Im Oktober 2011 begann der Abriss des alten Gemeindehauses. Etwa 6 Wochen später starteten dann die Bauarbeiten. Nach 1 Jahr Bauzeit konnte am 9.12.2013 die Einweihung gefeiert werden.

Die Gemeinde hat ihren Möglichkeiten entsprechend einiges an Eigenleistung einbrin-



gen können. Trotzdem mussten zur Einhaltung des Finanzrahmens Abstriche an der Ausgestaltung des Hauses gemacht werden. Der Gesamtkonzeption hat dies glücklicherweise keinen Abbruch getan.

Während der Bauzeit gab es immer wieder Gespräche mit der Nachbarschaft, in denen das Erstaunen über den mutigen Schritt eines Neubaus zum Ausdruck kam, zumal in unmittelbarer Nachbarschaft eine katholische Kirche abgerissen und nicht durch einen Neubau ersetzt wurde.

Die Gemeinde erwartet eine Belebung der Gemeindearbeit, nicht zuletzt durch die anziehende Wirkung des gelungenen neuen Gemeindehauses. Viele Menschen aus der Nachbarschaft besuchen die offenen Café-Tage und es ist bereits jetzt erkennbar, dass Berührungspunkte mehr und mehr abgebaut werden.

FeG Solingen-Aufderhöhe

Seit über 80 Jahren gehören die FeG Solingen-Aufderhöhe und das Diakonische Werk Bethanien zum festen Bestandteil des Stadtbildes in Aufderhöhe. Woche für Woche treffen sich in den Gemeinderäumen ca. 350 Erwachsene sowie über 200 Kinder und Jugendliche zu den verschiedenen Veranstaltungen. Der Gottesdienst wird in der Bethanien-Kapelle gefeiert, für alle anderen Gemeindeveranstaltungen nutzt die Gemeinde ihr Gemeindehaus nahe der Kapelle. Leider war das alte Gemeindehaus mehr und mehr in die Jahre gekommen und gerade für die große Anzahl an Kindern und Jugendlichen reichten die Räumlichkeiten bei weitem nicht mehr aus. Die Gemeinde beschloss aus diesen Gründen das alte Gemeindehaus abzureißen und auf demselben Grundstück ein neues größeres Gemeindehaus zu bauen.

Baubeginn, Bauzeit, Einweihung

Im Mai 2011 zog die Gemeinde aus dem Gemeindehaus aus. Das Inventar konnte in den Räumlichkeiten des Diakonischen Werks Bethanien zwischengelagert werden.

Der Abriss des alten Gemeindehauses begann im Juli 2011. Anschließend erfolgte die Grundsteinlegung in einem Gottesdienst am 18.9.2011.

Nach 13 monatiger Bauzeit konnte die Einweihung des neuen Gemeindehauses am 2.9.2012 gefeiert werden. Hierzu zog die Gemeinde nach dem Einweihungsgottesdienst in der Kapelle zur anschließenden Einzugsfeier in die neuen Räume ein.

Anzahl der Mitglieder, Anzahl der Sitzplätze

Die FeG Solingen-Aufderhöhe hat derzeit 262 Mitglieder. Im großen Saal des neuen Gemeindehauses können 160 Personen Sitzplätze finden. Bedingt durch die Nutzung der Bethanien-Kapelle für die Gottesdienste war ein größerer Raumbedarf für den Saal nicht notwendig.

Art und Anzahl der Gruppen- bzw. Nebenräume

Neben dem großen Saal, der unterteilbar ist sind einige weitere Gruppenräume entstanden, die für unterschiedliche Zwecke genutzt werden können:

- Jugendraum mit eigener Küche
- Jungscharraum
- Tanzraum
- Sitzungsraum
- Kindergottesdienstraum
- Raum der Stille



- Bandraum
- Werkraum
- Küche
- Lager- und Kopierraum

Erfahrung während der Bauzeit

Die FeG Solingen-Aufderhöhe ist sehr dankbar für das im letzten Jahr durch das Diakonische Werk Bethanien gewährte „Asyl“ ihrer Gemeindegruppen in den verschiedenen Häusern auf dem Gelände. Dieser Unterschlupf war ein Segen. Trotzdem blieben so manche Einschränkungen und Kompromisse in dieser Zeit nicht aus.

Durch einige zinsfreie Mitgliederdarlehen konnte ein erheblicher Beitrag zur Finanzierung geleistet werden, wofür die Gemeinde sehr dankbar ist.

Welche Erwartungen verbinden sich damit für die zukünftige Gemeindearbeit?

Die FeG Aufderhöhe sieht sich mitten im Geschehen des Stadtteils: offen für neue Gottesdienstformen, mit diversen Angeboten für alte und junge Menschen, mit einem Programm, zu dem Fußball genauso gehört wie Beten, Singen und Diskutieren. Unser Ziel ist es, von Gott zu reden, von seinem Plan für die Welt und von seiner Zukunft für uns – und das mit Menschen, die keine Scheuklappen vor den Augen haben, sondern mitten im Leben stehen. Die neuen größeren und schöneren Gemeinderäume sollen dabei helfen dieses Ziel zu verwirklichen. Gerade der Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit wird dadurch enorm erleichtert.

VII. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

Wir sind traditionell und satzungsgemäß als Bank für den Bund Freier evangelischer Gemeinden KdöR in Deutschland, seine ihm angeschlossenen Werke und Einrichtungen sowie Privatkunden aus den genannten Bereichen bundesweit tätig. In Erwartung einer positiven Entwicklung in diesem Umfeld gehen wir für die nächsten zwei Jahre von einer moderaten Nachfrage im Kundenkreditgeschäft aus.

Diese Prognose basiert auf den bereits in Planung befindlichen Käufen, Neu- und Umbauten von Gemeindezentren, der Entwicklung durch die Gründung von neuen Gemeinden und der Berücksichtigung von Sondertilgungen.

Im **Einlagengeschäft** gehen wir trotz des anhaltenden Konkurrenzdrucks insbesondere durch Direktbanken von einer gleichwohl steigenden Geschäftsentwicklung aus. Dabei haben wir auch unterstellt, dass das zunehmende Bewusstsein für eine private Altersvorsorge das Einlagengeschäft zugunsten von Alternativenprodukten belasten wird. Andererseits rechnen wir weiter mit einer Rückbesinnung vieler Kunden auf ethische Werte der Geldanlage sowie auf klassische und sichere Bankprodukte. Dies wird zur weiteren Belegung unseres Einlagengeschäftes beitragen. Nach unserer Zinsprognose gehen wir von einem gleichbleibenden Zinsniveau aus.

Im **Dienstleistungsgeschäft** prognostizieren wir unter der Annahme stark schwankender Aktienkurse stagnierende Umsätze im Wertpapiergeschäft mit Kunden und aus der Vermittlung von Investmentfondsanteilen. Sowohl das Wertpapiergeschäft als auch die Vermittlung von Versicherungen werden nach unserer Einschätzung von dem zunehmenden Bedarf an privater Altersversorgung profitieren. Die Vermittlung von Wohnungsbaukrediten an die WL Bank sowie von Bauspardarlehen wird sich auf dem Niveau der Vorjahre bewegen.

Wesentliche Chancen sehen wir im Hinblick auf den voraussichtlichen Geschäftsverlauf insbesondere, wenn die Nachfrage der Gemeinden nach Finanzierungen steigen wird.

Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung resultieren vorwiegend aus einem unerwartet hohen Zinsanstieg, der sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirken kann. Sollten die in den Vorjahren verzeichneten Einlagenzuflüsse entgegen unseren Erwartungen deutlich abnehmen, besteht das Risiko, dass unsere prognostizierten Wachstumsraten im Einlagengeschäft nicht zu halten sind.

Gleichzeitig kann eine konjunkturelle Verschlechterung zu einer stärker sinkenden Kreditnachfrage führen.

Vermögens- und Finanzlage

Nach unseren Planungsrechnungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2012 wird, wenn die Generalversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer nennenswerten Erhöhung des haftenden Eigenkapitals im Sinne des § 10 KWG führen.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Solvabilitäts- bzw. Liquiditätskennziffer) werden wir auch in den beiden folgenden Jahren mit Spielraum einhalten.

Die im Abschnitt VI. dargestellten **Risiken** der künftigen Entwicklung werden nach unserer Einschätzung keine wesentliche Auswirkung auf die Vermögenslage der nächsten zwei Jahre haben.

Wesentliche Chancen, die zu einer besseren Entwicklung der Vermögenslage führen

können, sehen wir in einem steigenden Kreditgeschäft.

Ertragslage

Auf der Grundlage unserer Zinsprognose, die von einem nahezu unveränderten Zinsniveau ausgeht, sowie unter Berücksichtigung unserer dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit-/Einlagengeschäft rechnen wir für die nächsten zwei Jahre mit einem weiter sinkenden Zinsergebnis. Insbesondere im Wertpapier- und im Eigenanlagebereich wird das Zinsergebnis in den nächsten beiden Jahren wegen zahlreicher Fälligkeiten und dem damit verbundenen Wiederanlagerisiko in einem schwierigen Marktumfeld zu einer Belastung der Jahresabschlüsse 2013/2014 führen.

Durch die weitgehend variabel gestalteten Konditionen im Kredit- und Einlagengeschäft können wir auf Veränderungen schnell reagieren und so einer negativen Massenentwicklung entgegenwirken.

Unser Provisionsergebnis wird auch in den nächsten beiden Jahren durch die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft und aus dem Vermittlungsgeschäft geprägt sein.

Die Personalaufwendungen werden nach unseren Planungen in 2013 und 2014 um jeweils rund 3% steigen. Ursächlich hierfür sind tarifliche Gehaltssteigerungen. Für die sonstigen Verwaltungsaufwendungen planen wir in den nächsten zwei Jahren keine wesentlichen Veränderungen zum abgelaufenen Geschäftsjahr.

Insgesamt erwarten wir für 2013/2014 im Vergleich zum Berichtsjahr ein verschlechtertes Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von etwa TEUR 670/TEUR 720.

Aus der Bewertung von Forderungen erwarten wir für 2013/2014 ein eher schlechteres Bewertungsergebnis als im Berichtsjahr. Grund-

lage unserer Planungen sind insbesondere die im Abschnitt VI. beschriebenen Rating- und Scoringmodelle. Das Bewertungsergebnis aus der Bewertung der Wertpapiere ist aufgrund der Unsicherheiten an den Kapitalmärkten mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet, denen wir mit den im Abschnitt VI. dargestellten Risikomanagementsystemen begegnen.

Unter Berücksichtigung der Steueraufwendungen rechnen wir für die nächsten beiden Jahre mit einem Jahresüberschuss von jeweils etwa TEUR 300.

Die im Zusammenhang mit der prognostizierten Ertragslage stehenden **Risiken** resultieren insbesondere aus dem Zinsänderungsrisiko.

Zusätzliche wesentliche **Ertragschancen** sehen wir insbesondere in einer steigenden Nachfrage nach Krediten von Freien evangelischen Gemeinden.

Vorschlag für die Ergebnisverwendung 2012 der Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss von EUR 397.134,57 unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 680,30 sowie nach den im Jahresabschluss mit EUR 172.000,00 ausgewiesenen Einstellungen in die Rücklagen wie folgt zu verwenden:

	EUR
6,00 % Dividende	128.020,00
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	5.000,00
Einstellung in andere Ergebnisrücklagen	92.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	794,87
insgesamt	225.814,87

Dank

Im Geschäftsjahr 2012 waren vielfältige Herausforderungen für Vorstand und Mitarbeiter – nicht zuletzt wegen des Vorstandwechsels Mitte des Jahres – zu bewältigen. So sind wir zuerst Gott dankbar, der uns Kraft für die tägliche Arbeit schenkte. Die im vorliegenden Jahresbericht beschriebenen Entwicklungen sind auch Ergebnis des Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb danken wir ihnen ganz herzlich für allen Einsatz.

Die Bereitschaft unserer Mitglieder und Kunden, ihre Gelder bewusst für die Aufgaben der SKB zur Verfügung zu stellen, tragen zu dem guten Ergebnis bei und versetzen uns in die Lage, den Freien evangelischen Gemeinden in unserem Land mit zinsgünstigen und flexiblen Krediten zu helfen. Darum gilt auch ihnen unser aufrichtiger Dank für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Der Aufsichtsrat hat in den wichtigen gemeinsamen Sitzungen dazu beigetragen, dass der Vorstand seine Arbeit tun konnte. Für die kritische und gleichzeitig von großem Vertrauen geprägte Begleitung der Geschäftsführung danken wir ganz herzlich.

Im vergangenen Jahr gehörten eine Gemeinde, ein Unternehmen und 46 Privatpersonen

25 Jahre

zu unserer Genossenschaft. Wir gratulieren zu diesen Jubiläen und danken für die langjährige treue Mitgliedschaft.

Unserer im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder gedenken wir mit Dankbarkeit.

Witten, 25. Januar 2013

Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG

Der Vorstand



Birx



Schneider

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss eingerichtet. Er erörterte im Wesentlichen den Jahresabschluss 2012 und prüfte Kreditvorgänge. Darüber ist im Gesamtaufichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2012 mit Lagebericht wurde vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses – unter Einbeziehung des Gewinnvortrages – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2012 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheiden in diesem Jahr Frau Anabel Brandis, Herr Stefan Lange und Herr Horst-Dieter Witte aus dem

Aufsichtsrat aus. Herr Witte ist wegen Erreichens der Altersgrenze nicht wieder wählbar. Die Wiederwahl von Frau Anabel Brandis und Herrn Stefan Lange ist zulässig. Der Aufsichtsrat schlägt beide zur Wiederwahl vor. Außerdem schlägt der Aufsichtsrat vor, die beiden seit der letzten Generalversammlung vakanten Plätze im Aufsichtsrat mit Herrn Prof. Dr. Wilfrid Haubeck und Herrn Armin Wickel, beide aus Ewersbach, neu zu besetzen. Herr Dr. Haubeck ist Professor für neues Testament an der Theologischen Hochschule Ewersbach und Herr Armin Wickel ist Mitglied des Vorstandes der Volksbank Dill eG in Dillenburg. Beide Herren sind Mitglieder der Freien evangelischen Gemeinde Ewersbach.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankt der Aufsichtsrat für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit.

Witten, 11. April 2013
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Horst-Dieter Witte

Jahresbericht 2012

Kurzfassung

Der Original-Jahresabschluss wurde vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V., Münster, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in der gesetzlich vorgeschriebenen Form versehen.

Die Offenlegung des vollständigen Jahresabschlusses mit Anhang erfolgt nach der Feststellung durch die Generalversammlung am 4. Mai 2013 im elektronischen Bundesanzeiger. Der vollständige Jahresabschluss liegt allen Mitgliedern in unserer Geschäftsstelle in 58452 Witten, Goltenkamp 9, zur Einsicht aus.

1. Jahresbilanz zum 31.12.2012

Aktivseite

Passivseite

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			23.925,52		15
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			522.209,14		1.000
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	522.209,14				(1.000)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	546.134,66		0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel		0,00	0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			3.720.172,90		1.984
b) andere Forderungen			18.083.928,07	21.804.100,97	13.089
4. Forderungen an Kunden				58.618.318,18	58.035
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	0,00				(25.720)
Kommunalkredite	0,00				(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		5.571.058,17			2.575
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.571.058,17				(2.575)
bb) von anderen Emittenten		12.156.461,31	17.727.519,48		13.148
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.156.461,31				(13.148)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	17.727.519,48	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				0,00	0
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			1.476.456,08		1.476
darunter:					
an Kreditinstituten	318.056,08				(318)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			103.214,00	1.579.670,08	101
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	40.920,00				(41)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				3.175.169,33	3.380
darunter: Treuhandkredite	3.175.169,33				(3.380)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte:					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0,00		0
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	0,00	0
12. Sachanlagen				2.192.811,24	2.278
13. Sonstige Vermögensgegenstände				124.705,02	146
14. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
15. Aktive latente Steuern				0,00	0
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				1.711,64	2
Summe der Aktiva				105.770.140,60	97.229

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			48.425,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			8.053.421,00	8.101.846,00	6.846
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		17.052.878,80			16.071
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		18.056.878,87	35.109.757,67		16.422
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		39.351.153,61			32.595
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		10.860.000,55	50.211.154,16	85.320.911,83	13.112
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				3.175.169,33	3.380
darunter: Treuhandkredite	3.175.169,33				(3.380)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				151.359,71	177
6. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			0,00		0
b) Steuerrückstellungen			60.000,00		0
c) andere Rückstellungen			203.388,86	263.388,86	211
8. —				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussschaftskapital				1.055.000,00	1.055
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				650.000,00	600
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			2.191.650,00		2.169
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		1.140.000,00			1.085
cb) andere Ergebnisrücklagen		3.495.000,00	4.635.000,00		3.281
d) Bilanzgewinn			225.814,87	7.052.464,87	225
Summe der Passiva				105.770.140,60	97.229

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		1.366.375,29			1.354
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	1.366.375,29		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		3.770.000,00	3.770.000,00		3.734
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1.1.2012–31.12.2012

Geschäftsjahr	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.732.402,10				2.811
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	456.692,04	3.189.094,14			394
2. Zinsaufwendungen		1.307.977,76	1.881.116,38		1.247
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00			0
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		21.339,22			27
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	21.339,22		0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00		0
5. Provisionserträge		145.122,50			147
6. Provisionsaufwendungen		12.542,26	132.580,24		15
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands			0,00		0
8. Sonstige betriebliche Erträge			90.090,27		96
9. —			0,00		0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	487.213,82				456
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	97.803,66	585.017,48			89
darunter: für Altersversorgung	9.191,54				(11)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		690.477,65	1.275.495,13		696
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			99.502,34		99
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			3.433,47		2
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		57.738,44			0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	57.738,44		460
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00			8
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	0,00		0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00		0
18. —			0,00		0
19. Überschuss der normalen Geschäftstätigkeit			688.956,73		1.322
20. Außerordentliche Erträge		0,00			0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00		(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			238.877,57		268
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		2.944,59	241.822,16		5
24a. Einstellung in Fonds für allgemeine Bankrisiken			50.000,00		600
25. Jahresüberschuss			397.134,57		450
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			680,30		0
			397.814,87		450
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00			0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen		0,00	0,00		0
			397.814,87		450
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		50.000,00			50
b) in andere Ergebnisrücklagen		122.000,00	172.000,00		175
29. Bilanzgewinn			225.814,87		225

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

Im Ausgliederungsvermerk „durch Grundpfandrechte gesichert“ der Bilanzposition Forderungen an Kunden ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Änderung (–TEUR 25,720). Ursächlich für den Rückgang ist, dass wir auf den Ausweis von Realkrediten verzichteten.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) werden die (folgenden) im Jahresabschluss 2010 angewandten Übergangsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (hier: Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechte für bestimmte Bilanzposten und Wertansätze) entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG fortgeführt:

■ Fortführung der Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. (Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB)

Die Bilanz wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt, wobei die satzungsmäßigen Mindestdotierungen zu den Ergebnisrücklagen Beachtung fanden.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Erkennbare Einzelrisiken bestehen nicht. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist ausreichend Rechnung getragen.

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM-Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Positionen des Zinsbuchs nach Maßgabe des IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2012 war keine Rückstellung erforderlich.

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung waren im Geschäftsjahr nicht notwendig.

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, bei Gebäuden und beim beweglichen Sachanlagevermögen linear vorgenommen.

Ab dem 1. Januar 2010 angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 150 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 150, aber nicht über EUR 410 lagen.

Über die Höhe der passiven Steuerlatenzen hinausgehende aktive latente Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert (vgl. Erläuterungen im Abschnitt D).

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bzw. dem beizulegenden Wert aktiviert. Das Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 Abs. 5 KStG wurde laufzeitadäquat mit einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Rechnungszinsfuß von 3,90 % abgezinst.

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften werden mittels Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von unverändert 6,00 % angesetzt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von EUR 18.209 (Anschaffungskosten in Höhe von EUR 18.209) wurde mit Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von EUR 16.497 saldiert.

Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von EUR 1.712 aktiviert. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von EUR 912 verrechnet. Der Saldo ist unter Aktiva 16 ausgewiesen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Im Abschluss des Vorjahres ausgewiesene Aufwandsrückstellungen wurden in Höhe von EUR 5.000,00 beibehalten.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2012

in EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen des Geschäftsjahres	a) b)	Abgänge Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwerte am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
Immaterielle Anlagewerte: (Software)	14.266,98	0,00	0,00	0,00	a) b)	0,00 0,00	14.266,98	0,00	0,00
Sachanlagen:									
a) Grundstücke und Gebäude	2.916.834,82	0,00	0,00	0,00	a) b)	0,00 0,00	814.641,58	2.102.193,24	73.570,80
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	306.918,39	14.666,54	0,00	0,00	a) b)	1.002,96 0,00	229.963,97	90.618,00	25.931,54
Summe a	3.238.020,19	14.666,54	0,00	0,00	a) b)	1.002,96 0,00	1.058.872,53	2.192.811,24	99.502,34
in EUR	Anschaffungskosten	Veränderungen (saldiert)					Buchwerte am Bilanzstichtag		
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00						0,00		
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	1.585.826,05						1.579.670,08		
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00						0,00		
Summe b	1.585.826,05	-6.155,97					1.579.670,08		
Summe a und b	4.823.846,24						3.772.481,32		

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind EUR 21.753.966,85 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gelten die folgenden Restlaufzeiten (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen):

in EUR	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	3.000.000,00	10.000.000,00	5.000.000,00	0,00
Forderungen an Kunden (A 4)	903.498,95	2.452.243,82	11.251.131,93	37.929.060,80

In den Forderungen an Kunden sind EUR 6.078.124,57 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im Geschäftsjahr 2013 EUR 3.037.050,00 (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen) fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0,00	0,00	21.772.549,59	15.029.277,93
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0,00	0,00	10.632.967,50	11.111.626,04

In folgenden Posten sind enthalten:

in EUR	börsenfähige Wertpapiere	davon börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertet
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	17.727.519,48	17.727.519,48	0,00	0,00
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	318.056,08	0,00	318.056,08	

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

	EUR
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	1.301.648,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	90.618,00

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ist als wesentlicher Einzelbetrag enthalten:

	EUR
Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 Abs. 5 KStG	103.850,90

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 8.053.421,00 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gelten die folgenden Restlaufzeiten (ohne Berücksichtigung von Zinsabgrenzungen):

in EUR	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	84.481,60	271.497,83	1.582.386,48	6.115.055,09
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	417.364,17	3.070.326,34	14.511.959,06	57.229,30
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	2.598.231,34	3.175.668,45	4.739.010,39	346.024,42

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Zinsabschlagsteuer	63.283,76
Zinsen auf Genussrechtskapital	45.700,00

Die nachstehenden Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen:

in EUR	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0,00	0,00	8.053.421,00	6.846.451,60

Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde und im Wesentlichen aus der Bewertung der Forderungen resultiert.

Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben in EUR	
a) der verbleibenden Mitglieder	2.153.500,00
b) der ausscheidenden Mitglieder	35.350,00
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	2.800,00
	<u>2.191.650,00</u>

Die Ergebnismrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in EUR	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnismrücklagen
Stand 1.1.2012	1.085.000,00	3.281.000,00
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	5.000,00	92.000,00
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	50.000,00	122.000,00
Stand 31.12.2012	1.140.000,00	3.495.000,00

In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank ist eine Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich, Bauhandwerkerversicherung) in Höhe von EUR 1.000.000,00 (Vorjahr EUR 1.000.000,00) von wesentlicher Bedeutung.

Akute Risiken aus einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind nicht erkennbar. Die Verpflichtungen betreffen grundsätzlich breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträ-

ge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten zeigen nicht die zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da sie nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen werden.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände (Gesamtbetrag in EUR)

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.053.421,00
--	--------------

II. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	
Mieterträge	73.284,79

Die für das Geschäftsjahr 2012 ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden insgesamt unter den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch haben sich die Zinsaufwendungen per saldo um EUR 2.333,08 verringert (Vorjahr Erhöhung EUR 12.699,19).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf den Überschuss aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Am Bilanzstichtag gab es keine Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2012 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 16.497,00.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von insgesamt EUR 227.636. Sie entfallen auf Haftsummenverpflichtungen aus der Übernahme von Geschäftsanteilen an Genossenschaften in Höhe von EUR 45.920 und auf die Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von EUR 181.716.

Die Zahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	6	5

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Ende 2011	2.156	42.539	2.126.950,00
Zugang 2012	55	1.444	72.200,00
Abgang 2012	43	913	45.650,00
Ende 2012	2.168	43.070	2.153.500,00

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	26.550,00
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	26.550,00
Höhe des Geschäftsanteils	50,00
Höhe der Haftsumme je Anteil	50,00

Der Name und die Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes lauten:

Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e. V.
Mecklenbecker Straße 235–239
48163 Münster

Mitglieder des Vorstandes

Volkmar Birx, *Sprecher*
Bankvorstand für Markt Aktiv und Passiv,
Handel, Unternehmensplanung, Personal-
und Rechnungswesen

Martin Bernhardt (bis 30.6.2012)
Bankvorstand für Markt Passiv,
Marktunterstützung und Handel

Manfred Schneider, *im Nebenamt*
(seit 1.7.2012)
Bankvorstand für Marktfolge Aktiv, Passiv
und Handel, Risikomanagement und
-controlling, Interne Revision und
Organisation

Mitglieder des Aufsichtsrates

Manfred Schneider (bis 5.5.2012)
Vorsitzender
Prokurist der Volksbank Mittelhessen eG,
Dautphetal

Horst-Dieter Witte
Vorsitzender (seit 5.5.2012)
Vereidigter Buchprüfer, Steuerberater,
Rechtsbeistand (selbstständig), Langenfeld

Anabel Brandis
stellvertretende Vorsitzender (seit 5.5.2012)
Selbstständige Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin
in der Sozietät Heuser & Brandis StB/WP, Düsseldorf

Klaus Kanwischer (bis 5.5.2012)
Geschäftsführer des Bundes Freier
evangelischer Gemeinden in Deutschland
KdöR, Bochum

Stefan Lange
Bankkaufmann bei der Kreissparkasse
München-Starnberg-Ebersberg, München

Jürgen Oberdörfer
Selbstständiger Architekt, Willich

Fotos Seite 1, 6, 9, 10, 13, 14, 20, 22, 26: thinkstock; Rest: Privat



Spar- und Kreditbank des Bundes Freier evangelischer Gemeinden eG,
Goltenkamp 9, 58452 Witten, Postfach 40 85, 58426 Witten
Telefon 0 23 02/9 30 30-0, Telefax 0 23 02/9 30 30-34, E-Mail info@skbwitten.de, Internet www.skbwitten.de